



Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz gGmbH (ism)

Servicestelle junge Geflüchtete

Gesellschaft gemeinsam gestalten:
Förderung gesellschaftlicher Zugehörigkeit
von jungen Menschen mit Fluchtgeschichte

Anika Metzdorf, Rebecca Schmolke

Mainz 2020

Die Servicestelle junge Geflüchtete wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union kofinanziert.



Gesellschaft gemeinsam gestalten: Förderung gesellschaftlicher Zugehörigkeit von jungen Menschen mit Fluchtgeschichte

Anika Metzdorf, Rebecca Schmolke

In den vergangenen Jahren war es eine Vielzahl an Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Fluchtgründe in Deutschland eine neue Lebensperspektive suchten. Familien, Alleinstehende, junge Menschen, unbegleitete geflüchtete Minderjährige – sie alle brachten und bringen unterschiedliche Biografien, Lebens- und Bedarfslagen mit sich. Entsprechend kamen mit ihnen vielfältige Herausforderungen und Bewältigungsaufgaben, auf die sich Politik, aber insbesondere auch Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Teilsystemen einstellen musste und nach wie vor muss. Unter Aufwendung eines Höchstmaßes an Kraftanstrengungen wurden Aufnahmemöglichkeiten geschaffen, Ankommenssituationen und damit Orientierungsmöglichkeiten gestaltet und strukturell abgesichert sowie erste Schritte zur Ermöglichung gesellschaftlicher und sozialer Integration regional und überregional gegangen.

Für die Kinder- und Jugendhilfe bedeuteten die letzten Jahre insbesondere, unbegleiteten geflüchteten Minderjährigen den Weg in ein eigenständiges Leben zu bereiten, denn: vielfach sind es junge Menschen, die ohne Bezugspersonen den Weg nach Deutschland auf sich nehmen und damit ab dem ersten Tag ihrer Ankunft zum einen vor der Bewältigung fluchtspezifischer Herausforderungen, zum anderen aber auch jugendspezifischer Aufgaben stehen. Ende 2015 bis Anfang 2017 befanden sich bundesweit kontinuierlich ca. 65.000 unbegleitete geflüchtete Minderjährige in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit. Sich im Ausnahmezustand befindend galt es entsprechend für die Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, die Notversorgung und die Unterbringung dieser jungen Menschen sicherzustellen, vor Obdachlosigkeit zu schützen und ein Mindestmaß an Betreuung zu gewährleisten. Diese Zahlen sind mittlerweile (zum Stichtag 05.12.2019)

um mehr als die Hälfte zurückgegangen, so dass sich derzeit noch ca. 30.500 junge unbegleitete Menschen mit Fluchtgeschichte in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit befinden (vgl. ism gGmbH 2019).

Mit dem Rückgang der Zahlen sinkt für die Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere für die zuständigen Fachkräfte der Druck, einer so großen Anzahl junger Menschen gerecht zu werden, ihre Grundversorgung sicherstellen zu müssen und das eigene System quasi im Notfallmodus arbeitsfähig zu machen sowie zu halten. *Demgegenüber darf jedoch keinesfalls von den sinkenden Fallzahlen auf geringer werdende Herausforderungen geschlossen werden* – einer solchen Versuchung zu erliegen, wäre nicht nur für die jungen Menschen selbst fatal, sondern insbesondere auch für die Gesellschaft.

Die Bewältigungsaufgaben, denen sich diese jungen Menschen stellen müssen, sind entsprechend nicht weniger geworden, sondern haben sich verändert und sind mitunter auch durchaus komplexer geworden. Für sie geht es nun nicht mehr ‚nur‘ darum, ihre Grundversorgung sichergestellt zu wissen, sie müssen sich vielmehr

- eine neue Lebenswelt ausgestalten,
- sich in dieser verwurzeln,
- spezifische Aufgaben des Erwachsenwerdens meistern und
- auch der Anforderung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Integration gerecht werden.

Wirft man einen erneuten Blick auf die entsprechenden Statistiken, so zeigt sich, dass die Zahlen der jungen Volljährigen, die im Rahmen der jugendhilferechtlichen Zuständigkeit betreut werden, seit einiger Zeit kontinuierlich steigen. Zum Ende des Jahres 2019 nahmen mit ca. 67% die Mehrheit der jungen Menschen mit Fluchtgeschichte, die bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben, die Angebote der Jugendhilfe nach §41 SGB VIII in Anspruch (Stichtag 05.12.2019).

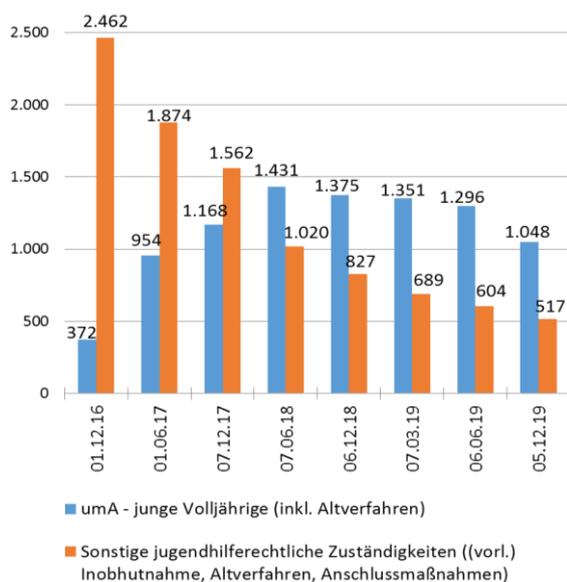


Abb. 1: Entwicklung der Hilfen für junge Volljährige (ehem. uM-Altverfahren nach § 89d; umA – junge Volljährige) für umA in Rheinland-Pfalz (Quelle: Werktägliche Meldungen der Jugendämter, eigene Darstellung)

Das bedeutet auch, dass diese jungen Menschen neben der Bewältigung individueller Fluchterfahrungen mit den typischen Aufgaben junger Erwachsener konfrontiert sind wie beispielsweise das Suchen und Beziehen eigenen Wohnraums, das Ausloten von Bildungsperspektiven und das Erreichen eines Schulabschlusses, das Finden des eigenen Berufsweges sowie der Beginn einer Ausbildung und/oder eines Studiums. Darüber hinaus müssen sie lernen, sich in einer Gesellschaft, in der sie nicht aufgewachsen sind, zurechtzufinden und auch die Strukturen und Logiken der unterschiedlichen Systeme in Deutschland zu verstehen. Entsprechende Unterstützungsstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie eine umfassende, reflektierte und partizipativ ausgestaltete Weiterentwicklung selbiger sind damit essentiell für diese jungen Menschen. Nur so können sie, die sich ihnen stellenden Entwicklungsaufgaben mit dem Rückhalt entsprechender Bezugspersonen bewältigen und damit die entsprechenden Schritte einer nachhaltigen Integration und eines eigenständigen, von gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe geprägten Lebens gehen. Junge Menschen mit

Fluchtgeschichte sehen sich dabei wie alle jungen Menschen Themen wie der Auseinandersetzung mit sich und der Welt, Selbstwirksamkeitserfahrungen, dem Einüben und Erleben demokratischer Prozesse und dem Bilden eigener Zukunftsvorstellungen gegenübergestellt. Entsprechend gilt es, auch für sie – wie für alle jungen Menschen – Zugänge zu gesellschaftlichen Teilsystemen zu ermöglichen, die ihnen eine Auseinandersetzung mit genau diesen Themen ermöglichen. Wie gesellschaftliche Teilhabe für junge Menschen mit Fluchtgeschichte jedoch gefördert und damit auch die Basis für Integrationsprozesse überhaupt geschaffen werden kann, wird bislang viel zu selten diskutiert. Die nachfolgenden Impulse sollen eben diesen Diskurs befördern, unterschiedliche gesellschaftliche Teilsysteme mit ihren jeweiligen Integrationspotenzialen beleuchten und den Blickwinkel hinsichtlich der Nutzbarkeit vorhandener Strukturen erweitern.

Integration mehrdimensional betrachten

Die Fokussierung auf einzelne formale Integrationsfaktoren vernachlässigt die Bedeutung sozialer und gesellschaftlicher Integration. Wenn über erfolgreiche Integrationsprozesse bei jungen Menschen mit Fluchtgeschichte diskutiert oder medial berichtet wird, dann wird dies häufig gleichgesetzt mit dem Erlernen der deutschen Sprache, dem Erreichen eines Schulabschlusses und bestenfalls dem Beginnen einer Berufsausbildung. Das Aufbauen eines neuen Netzwerks, das Finden von Freunden und Vertrauenspersonen, das Andocken an Sportvereine, kirchliche Strukturen oder die Kinder- und Jugendarbeit wird jedoch kaum unter einer erfolgreichen Integration verbucht, obwohl sie doch allesamt wichtige Bestandteile eines eigenständigen Lebens in Gemeinschaft sein können. Entsprechend sollte Integration lebensweltlich und damit mehrdimensional gedacht werden, wie nachfolgende Abbildung verdeutlicht.

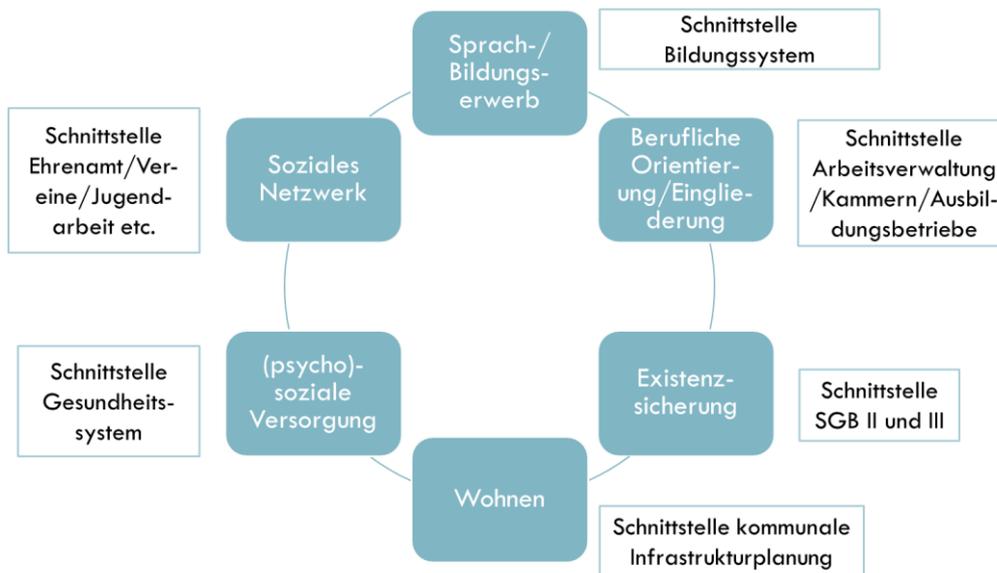


Abb. 2: Integration mehrdimensional denken (eigene Darstellung)

Dass Integration vielerorts bereits mehrdimensional betrachtet wird, wurde im Rahmen der Arbeit der Servicestelle junge Geflüchtete in den vergangenen Jahren immer deutlicher. So steht die Praxis der Jugendhilfe nicht für sich, sondern ist häufig eingebettet in ein vielfältiges Netzwerksystem, welches alle Lebensbereiche junger Menschen mit Fluchtgeschichte in den Betrachtungsmittelpunkt rückt. Die Netzwerkarbeit als solche gilt es dennoch prozesshaft weiterzuentwickeln, die Bedarfe der Zielgruppe zu berücksichtigen und den Zugang zu vorhandenen Partner*innen der Zusammenarbeit zu suchen sowie ggf. für weitere Schnittstellen zu öffnen.

Den Blick rein auf die Prozesse der ‚formalen‘ Integration zu richten, verschleiert die Bedeutung sozialer und gesellschaftlicher Integration und bildet die Komplexität des Ankommens und Aufbaus eines eigenständigen Lebens für junge Menschen mit Fluchtgeschichte bei weitem nicht ab.

Öffentliche Räume als Orte des Anpassungsdrucks und des Zugehörigkeitsgefühls

Integration wird häufig gleichgesetzt mit einer Anpassung: die Übernahme von Werten und Normen, von Verhaltensweisen, aber auch das bloße Anpassen von Kleidungsstilen können Ausdrucksweisen dafür sein.

Integration bedeutet jedoch nicht ein bloßes Adaptieren und ein ‚Sich-gleich-machen‘, sondern die eigene Identität und das eigene Sein in einem neuen Umfeld zu positionieren. Wirft man einen Blick auf die Studie (Un-)Sichtbarkeit geflüchteter Menschen in öffentlichen Räumen und Parks in Berlin von Stapf und Siegert (durchgeführt bei Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung), die den Fragen „Welche Erfahrungen machen Geflüchtete in öffentlichen Räumen und Parks? Wie nutzen Geflüchtete öffentliche Räume? Welche Bedeutung haben öffentliche Räume und Parks für Ankommens- und Integrationsprozesse?“ nachgingen, wird die Form des angepassten Verhaltens deutlich und wie folgt begründet:

„Die wohl häufigste Form des Verhaltens von Geflüchteten in öffentlichen Räumen ist die der ‚Anpassung‘. Die Gefahr, Opfer von rassistischen Beschimpfungen oder ‚racial profiling‘ zu werden, bewirkt, dass Geflüchtete, insbesondere auf öffentlichen Plätzen nicht zu sehr auffallen wollen. An vielen Orten ist der soziale Anpassungsdruck sehr hoch und befördert diese Handlungsweise“ (Stapf/ Siegert 2017, S. 27).

Dieser soziale Anpassungsdruck scheint vielerorts dazu zu führen, dass Integration zu kurz gedacht als ‚gute‘ Anpassungsleistung verstanden wird. Ein partizipativ-reflektiertes Integrationsverständnis scheint nur selten vorhanden zu sein – Integration ist jedoch

weit mehr als bloße Anpassung. Integration bedeutet vor allem, sich zugehörig zu fühlen – so, wie man ist. Dieses Gefühl der tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft verbunden mit einem entsprechenden Gefühl der Verantwortung für eine Personengruppe, eine Region oder eine bestimmte Sache ist gerade auch für Integrationsprozesse zentral. Akzeptanz im sozialen Umfeld zu erfahren, nicht ständig aufzufallen, sich aber auch nicht vollständig anpassen zu müssen, sondern die eigene Persönlichkeit und die eigenen Lebenserfahrungen einbringen zu können ist hierbei besonders bedeutsam.

Öffentliche Räume können zentraler Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenlebens sein und damit entsprechend auch Integrationsprozesse befördern oder aber behindern, insbesondere, da sie per se schon Orte der Begegnung sind. Die Autoren beschreiben in ihrer Untersuchung insbesondere die Wichtigkeit der aktiven Ausgestaltung von öffentlichen Räumen:

„Wesentlich dabei ist es, Gelegenheiten für gemeinsame Aktivitäten zwischen neuangekommenen Geflüchteten und Alt-eingesessenen zu schaffen. Begegnungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Geflüchteten bilden die beste Möglichkeit zum Abbau von Vorurteilen und führen zur Verhandlung und Annäherung von etwai- gen verschiedenen kulturellen Praktiken. Solche Begegnungen können auch im öffentlichen Raum stattfinden und Gruppen zusammenbringen, die sich sonst eher meiden“ (Stapf/Siegert 2017, S. 32f.).

Positiv besetzt können öffentliche Räume insbesondere auch das Zugehörigkeitsgefühl an einem ggf. nicht ausschließlich selbst gewählten oder aber (noch) unbekanntem neuen Wohnort befördern und darüber hinaus auch Gelegenheiten bieten, um gesellschaftliche Regeln und Normen zu beobachten und zu verstehen lernen – gerade auch, da belebte Plätze immer ein Stück weit Anonymität und Gelegenheit zum Ausprobieren bieten.

Öffentliche Räume können damit quasi sinnbildlich für Gesellschaft gesehen werden – auch hier wird aus reinem Anpassungsdruck keine gelebte Integration. Es bedarf der ehrlichen Vermittlung eines Zugehörigkeits- und Akzeptanzgefühls.

Sport(vereine) als Orte von Zugehörigkeit und gelebter Integration

In medialen, politischen und sportverbandlichen Diskussionen werden immer wieder hohe Erwartungen an die Integrationspotenziale von Sportvereinen gestellt und auch im wissenschaftlichen Diskurs wird dieser Thematik seit geraumer Zeit vermehrt Beachtung geschenkt, wie Frau Dr. Nobis der Humboldt-Universität zu Berlin eindrücklich darstellt.

„Vielfach wird angenommen, dass Sportvereine Orte sind, an denen Kompetenzen und Fähigkeiten erworben werden, die sich auf weitere, außersportliche Kontexte und Lebensbereiche übertragen lassen“ (Nobis 2018, 164).

Maßgeblicher Bezug wird dabei auf die Strukturmerkmale von Sportvereinen genommen, aufgrund derer selbige oftmals als ‚Integrationsmotoren‘ bezeichnet werden:

- Sportvereine basieren auf der freiwilligen und offenen Mitgliedschaft, d.h. niemand muss in einen Verein eintreten, aber formal kann jede*r Mitglied werden.
- Sportvereine sind Interessensgemeinschaften, in denen sich Menschen zusammenfinden, die ein gemeinsames Interesse (z.B. die Ausübung einer Sportart) miteinander verbindet.
- Formal basieren Sportvereine auf demokratischen Entscheidungsstrukturen. In ihnen engagieren sich Mitglieder für Mitglieder und es eröffnen sich vielfältige Chancen für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement.
- In der Regel sind Sportvereine Orte für eine regelmäßige und langfristige Teilnahme, die auf face-to-face-Kontakten basiert und damit das Potenzial für den Aufbau und die Pflege sozialer Beziehungen birgt (Nobis 2019)

Wirft man jedoch einen Blick auf die entsprechende Datenlage, so zeigt sich, dass nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen Mitgliedschaften in Sportvereinen verbreitet sind. Für 17-jährige Jugendliche gilt zum Beispiel: 44% der Jungen mit

Migrationshintergrund und 42% der Jungen ohne Migrationshintergrund berichten über eine Sportvereinsmitgliedschaft. Bei den Mädchen fallen die Mitgliedschaftsquoten deutlich geringer aus: 25% der Mädchen mit Migrationshintergrund und 34% der Mädchen ohne Migrationshintergrund geben an, Mitglied in einem Sportverein zu sein (vgl. Nobis 2020, nach Nobis & El-Kayed 2019 auf Grundlage des SOEP 2000-2015)

Es zeigt sich, dass Unterschiede in erster Linie entlang des Geschlechts und erst in zweiter Linie entlang des Migrationshintergrunds verlaufen. Darüber hinaus lässt sich auch erkennen, dass vor allem Mädchen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen unterrepräsentiert sind. In ganz besonderem Maße gilt das für Mädchen mit Migrationshintergrund und einem niedrigen Bildungsabschluss (bzw. jene, die einen solchen anstreben) (vgl. Nobis 2018, 162).

Betrachtet man demgegenüber Beteiligungsquoten an Schul-Sport-AGs, stellt man fest, dass Mädchen mit Migrationshintergrund in diesem sportbezogenen Setting nicht unterrepräsentiert sind (vgl. ebd. 163). Damit scheinen Mädchen mit Migrationshintergrund nicht weniger Interesse am Sporttreiben zu haben als Mädchen ohne Migrationshintergrund. Sportvereine scheinen damit zwar formal auf dem Prinzip der offenen Mitgliedschaft zu basieren, dennoch scheinen (unbewusste) Schließungsmechanismen zu wirken, die nicht allen Menschen gleichermaßen Zugangsmöglichkeiten zu diesen Organisationen ermöglichen.

Für junge Menschen mit Fluchtgeschichte existieren bislang keine belastbaren empirischen Daten über Mitgliedschaftsquoten. Insbesondere jene Untersuchungen, die aufzeigen, dass Migrant*innen der ersten Generation deutlich seltener über eine Sportvereinsmitgliedschaft berichten als Migrant*innen der zweiten Generation, lassen jedoch vermuten, dass Menschen mit Fluchtgeschichte generell in Sportvereinen unterrepräsentiert sind und dass die Frage, wie eine Öffnung für diese Gruppe gelingen kann, durchaus relevant ist. Auf Grundlage unterschiedlicher kleinerer qualitativer Untersuchungen beschreibt

Nobis wertvolle Erkenntnisse zu Identifikation und Verständnis von Mechanismen der Öffnung und der Schließung von Vereinen (vgl. Nobis 2019). Hieraus wird deutlich, dass Sportvereine sich in aller Regel sehr offen gegenüber Menschen mit Fluchtgeschichte zeigen, entsprechende Projekte initiieren sowie ihre eigene Vereinskultur reflektieren und so Zugangsmöglichkeiten eröffnen und erweitern. Es lassen sich aber durchaus auch Vereine ausfindig machen, in denen die Mitglieder einen gewissen Anpassungsdruck gegenüber Menschen mit Fluchtgeschichte aufbauen, wenig verständnisvoll reagieren oder stereotypisierendes und stigmatisierendes Verhalten zeigen. Derlei Sportvereine werden wohl auch kaum Integrationspotenziale aufweisen können. Mit der entsprechenden Ausgestaltung, Haltung und Kultur, aber ggf. auch der Eröffnung von Reflexionsräumen können Sportvereine – jenseits von sprachbasierter Interaktion – für (junge) Menschen mit Fluchtgeschichte ein wichtiger Anker sein, um sich angenommen und akzeptiert zu fühlen, in Gemeinschaft und Gesellschaft anzukommen sowie sich einer bestimmten Gruppe zugehörig zu fühlen. Um die Integrationspotenziale von Sportvereinen noch weiter zu erhöhen, beschreibt Nobis (vgl. ebd.) einige Aspekte, die es in Zukunft verstärkt zu berücksichtigen gilt:

- Informationstransfer: Die Angebote der Sportvereine müssen bekannt gemacht und beworben werden. Dafür werden Kooperations- und Netzwerkpartner*innen als wichtig erlebt (z.B. Migrationsberatungsstellen, Sozialarbeiter*innen).
- Direkte Form der Ansprache: Das Wissen über ein Angebot führt noch nicht zur Teilnahme. Es wird hervorgehoben, dass vor allem eine direkte Form der Ansprache durch Vertrauenspersonen hilfreich sein kann, um etwaige Barrieren beim Aufsuchen eines Vereins zu überwinden.
- Niedrigschwellige Angebote schaffen: Einige Vereinsvertreter*innen setzen darauf, kostenfreie (Schnupper-)Angebote ohne Mitgliedsverpflichtung zu etablieren. Andere

sehen das eher kritisch und argumentieren, dass in diesen Fällen unklar bleibe, wie eine langfristige Bindung an den Sportverein gelingen kann.

- Erreichbarkeit von Mädchen und Frauen: Um Mädchen und Frauen mit Fluchtgeschichte zu erreichen, hat sich bislang vor allem die Einrichtung von reinen Mädchen- und Frauensportgruppen etabliert. Argumentiert wird hierbei vor allem, dass auf diese Weise ein geschützter Raum für Mädchen und Frauen geschaffen werde. Angebote, die zu Beginn als geschlechtergemischte Angebote konzipiert waren, wurden de facto vielfach ausschließlich von Jungen und Männern aufgesucht.

Mit den Sportvereinen selbst gilt es demnach stärker zu reflektieren, warum aktuell manche Zielgruppen nicht oder kaum erreicht werden und welche unbewussten Schließungsmechanismen vorliegen können. Wenn eine Öffnung gewünscht ist, braucht es den Dialog mit den Mitgliedern, um für mögliche implizite Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen zu sensibilisieren und Gemeinschaft aufgrund gemeinsamer Interessenslagen zu fördern. So können Sportvereine durchaus zu Orten gelebter Integration werden, indem sie jungen Menschen Räume eröffnen, durch die sie in einer für sie neuen Umgebung tatsächlich ein Zugehörigkeitsgefühl erfahren können. Dies gilt aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausschließlich für Sportvereine, sondern lässt sich insgesamt auf die Vereinslandschaft in Deutschland übertragen.

Kinder- und Jugendarbeit – Integration durch Teilhabe und Chancengleichheit

Die Integration sowie die Ermöglichung von Teilhabe und Chancengleichheit junger Menschen mit Fluchtgeschichte ist eine gesamtgesellschaftliche und (fach-)politische Daueraufgabe. Folglich muss die Förderung von jungen Zugewanderten hin zu selbstbestimmten, demokratiefähigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeiten als gesellschaftliche

Gesamtaufgabe anerkannt und Voraussetzungen hierfür auf allen gesellschaftlichen Ebenen geschaffen werden. Hierzu braucht es Konzepte, ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein und den politischen Willen auf kommunaler Ebene und Landesebene, um Grundlagen und Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration zu schaffen. Die Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe wird hier insbesondere über die Hilfen zur Erziehung definiert: hierüber wird eine Grundversorgung und Unterstützung junger Menschen sichergestellt, die ohne ihre Familien in Deutschland ankommen, aber auch Familien finden hier Netzwerke und Leistungen, die sie in der Bewältigung ihrer Alltagsanforderungen unterstützen.

Entsprechend sind diese Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in den vergangenen Jahren maßgeblicher Bestandteil der Diskussionen in Wissenschaft, Fachpolitik und Praxis. Welchen wertvollen Beitrag die Kinder- und Jugendarbeit hingegen für junge Menschen mit Fluchtgeschichte im Prozess ihres Erwachsenwerdens in Deutschland leistet, wird kaum in den Betrachtungsmittelpunkt gerückt. Die Jugendarbeit bildet mit ihren Angeboten die dritte Säule der Sozialisation neben dem Elternhaus und der Schule, indem sie es jungen Menschen über Gelegenheitsstrukturen ermöglicht, soziale Beziehungen jenseits formalisierter und vordefinierter Settings aufzubauen (vgl. Deinet et al. 2002). Sie fördert mit ihren Angeboten aber auch Selbstwirksamkeitserfahrungen sowie Demokratielernen und bietet ein Lernfeld, in dem junge Menschen sich mit ihren Werten und Vorstellungen von einem eigenständigen Leben auseinandersetzen, Verantwortung übernehmen und demokratische Prozesse kennenlernen können. Jugendarbeit kann damit als „eines der Hauptfelder der Einübung von demokratischem Handeln in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen“ (Deinet et al. 2002, S. 695) verstanden werden, in der politische Prozesse und demokratisches Handeln nicht rein theoriebasiert und damit abstrakt vermittelt, sondern real praktiziert und damit erst erfahrbar gemacht werden (vgl. Deinet et al., S. 695). Jugendarbeit wird damit seit geraumer Zeit als Ort non-formaler Bildungsprozesse

diskutiert (vgl. BMFSFJ 2005) und als Ort, der mit selbstorganisierten Gestaltungsräumen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von selbstbestimmter Handlungsfähigkeit junger Menschen leistet (vgl. Scherr 2003, S. 93ff.; von Schwänenflügel 2013, S. 68f.).

Wie für alle jungen Menschen bietet die Jugendarbeit auch für junge Menschen mit Fluchtgeschichte einen essentiellen Lernraum, allerdings – und das ist der entscheidende Vorteil der Jugendarbeit im Vergleich zu anderen Systemen und ihren Logiken – jenseits von formalisierten Kontexten, engen Zielgruppendefinitionen oder bestimmten, an Bedingungen geknüpften Zugangsvoraussetzungen. Die qualitative Untersuchung „Junge Geflüchtete in den Angeboten der Jugendarbeit“, die an der Universität Siegen von Frank Gusinde, Jennifer Buchna, Moritz Schumacher und Thomas Coelen durchgeführt wurde, macht dies besonders deutlich: Für die in diesem Rahmen befragten jungen Menschen mit Fluchtgeschichte bietet die Jugendarbeit neben Spaß auch Raum für Spracherwerb, Möglichkeiten, Freundschaften zu schließen und Netzwerke aufzubauen, können aber auch das Eingangstor zu (ehrenamtlicher) Verantwortungsübernahme sein.

Damit leistet Jugendarbeit insbesondere für junge Menschen mit Fluchtgeschichte einen niedrighwelligen Beitrag zur sozialen und gesellschaftlichen Integration, denn gerade das interessengesteuerte Zusammensein mit anderen Jugendlichen jenseits formalisierter Settings ermöglicht es ihnen einerseits, sich selbst in erster Linie als Jugendliche bzw. Jugendlicher in der Gesellschaft und nicht als ‚Geflüchtete‘ bzw. ‚Geflüchteter‘ wahrzunehmen. Andererseits bietet sie ihnen aber auch den Rahmen, gesellschaftliche Integrationsprozesse für sich anzunehmen und auszugestalten.

Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass Integration von jungen Menschen mit Fluchtgeschichte keine Aufgabe sein kann, die von einem gesellschaftlichen Teilbereich allein bewältigt werden kann. Vielmehr bedarf es eines Ineinandergreifens der unterschiedlichen Systeme, ein Wahrnehmen, der ihnen jeweils eigenen Aufgaben sowie einen individuellen Reflexionsprozess, inwiefern Zugänge eröffnet und Hürden abgebaut werden können. Angebotsstrukturen gilt es zu betrachten und möglicherweise zu verändern, um auch die – in sich und ihren Bedarfen keinesfalls homogene – Zielgruppe der jungen Menschen mit Fluchtgeschichte erreichen zu können.

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): 12. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Deinet, Ulrich; Nörber, Martin; Sturzenhecker, Benedikt (2002): Kinder- und Jugendarbeit. In: Schröer, Wolfgang, Struck, Nobert, Wolff, Mechthild (Hrsg): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim und München. S. 603-713.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (2019): Servicestelle junge Geflüchtete – Förderung von Integration und Teilhabe. Entwicklung der jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten für uMA im bundesweiten und rheinland-pfälzischen Vergleich. Auswertung der werktäglichen Meldungen der Jugendämter an das Bundesverwaltungsamt. Stand: 05. Dezember 2019.

Nobis, Tina (2019): Belonging im Sportverein: Wie Menschen mit Migrationshintergrund das Recht auf Zugehörigkeit (nicht) zugestanden wird [Power-Point-Vortrag]. Verfügbar unter: <https://www.servicestelle-junge-gefluechtete.de/veranstaltungen/dokumentationen.html> [23.03.2020]

Nobis, Tina (2018): Integrationsfunktionen von Sportvereinen in der Migrationsgesellschaft. In: Jaitner, David; Körner, Swen (Hrsg): Soziale Funktionen von Sportvereinen: revisited. Reihe: Reflexive Sportwissenschaft, Band 9. Lehmanns Verlag. Berlin. S. 161-174.

Scherr, Albert (2003): Jugendarbeit als Subjektbildung. In: Lindner, Werner; Thole, Werner; Weber, Jochen (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsprojekt. Opladen, S. 87-102.

Stapf, Tobias; Siegert, Wassili (2017): Zwischen Anpassung und Aneignung. (Un-)Sichtbarkeiten geflüchteter Menschen in öffentlichen Räumen und Parks in Berlin. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung.

von Schwanenflügel, Larissa (2013): Partizipationsbiographien Jugendlicher. Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit. Wiesbaden.

Kontaktdaten

Servicestelle junge Geflüchtete
Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz gGmbH
Flachmarktstraße 9
D-55116 Mainz

Tel.: 06131/24041-0
Fax: 06131/24041-50
E-Mail: ism@ism-mz.de

www.ism-mz.de
www.servicestelle-junge-gefluechtete.de